

Jan Georg Plavec

## Der Wortbruch der Wissenschaftsminister

### Wohin die Studiengebühren wirklich fließen

*Sieben Bundesländer führten allgemeine Studiengebühren mit dem Versprechen ein, Studium und Lehre zu verbessern. Stattdessen fließt das Geld in den regulären Haushalt der Hochschulen. Die Wissenschaftsminister haben ihr Wort gebrochen und steuern auf einen Systemwechsel in der Hochschulfinanzierung zu, unter dem vor allem sozial schwache Studierende leiden werden.*

»Studiengebühren werden verheizt«: So oder so ähnlich waren Ende 2006 Berichte über den wildgewordenen Freiburger Prorektor Reinhard Volz überschrieben, der gestiegene Heizkostenrechnungen mit Studiengebühren begleichen wollte. Angesichts der Versprechungen bei ihrer Einführung war allein der Gedanke ein Riesenskandal. Denn als Volz mit seinem Vorschlag vorpreschte, war die Campusmaut gerade erst beschlossen. Und sie sollte für wahrlich höhere Zwecke eingesetzt werden als bloß zum Heizen.

»Echte Zusatzeinnahmen« für die Hochschulen hatten die Wissenschaftsminister angekündigt. Dieses Geld würde von den Universitäten zur »Verbesserung von Studium und Lehre« eingesetzt. Ein besseres Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden, zusätzliche Tutorien und eine verbesserte Ausstattung von Bibliotheken, Lehr- und Laborräumen: Blühende Hochschullandschaften versprach man den Studierenden landauf, landab für einen kleinen Beitrag von nur 500 Euro pro Semester.

Die warmen Worte hatten von Anfang an wenig Substanz. In den Gebührengesetzen steht nichts von Verbesserung: Die Hochschulen müssen das Geld lediglich »für die Erfüllung ihrer Aufgaben in Studium und Lehre« einsetzen. Mit der Rhetorik der Minister hatte das nichts zu tun. Außerdem sind die Gebühren abgabenrechtlich vielmehr Beiträge ohne konkrete Gegenleistung – Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.



**Jan Georg Plavec**

(\* 1984) studiert Kommunikationswissenschaft an der Uni Hohenheim und ist als freier Journalist tätig.

mail@jangeorgplavec.de.

Ob man sich an den Gesetzestext hält oder an die Versprechungen der Minister: Es lässt sich trefflich streiten, was »Verbesserungen« sind oder wo die Grenze verläuft, hinter der eine Universität nicht mehr ihre »Aufgaben in Studium und Lehre« erfüllt. Ist Forschung nicht die Grundlage jeder universitären Lehre?

Als Baden-Württembergs Wissenschaftsminister Peter Frankenberg den ersten Gebührenskandal mit einem Griff in die Geldbörse beendete und seinen Universitäten einen Heizkostenzuschuss in Höhe von sechs Millionen Euro gewährte, hofften auch seine Kollegen in Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen, Hamburg und dem Saarland auf Ruhe an der Gebührenfront – vergeblich.

Wo Studiengebühren der größte von den Hochschulen selbst zu verplanende Betrag im knappen und starren Jahresbudget sind, wecken sie zwangsläufig Begehrlichkeiten. Jeder will seinen Teil vom Kuchen und definiert dabei »Verbesserung« oder »Aufgaben von Studium und Lehre«, wie es gerade opportun ist.

Heizkostenrechnungen wollte seit vor-

letzem Jahr zwar vorerst niemand mehr mit Studiengebühren begleichen. Dafür wurden und werden andere abenteuerliche Ideen mit dem Geld der Studierenden verwirklicht: Die Universität des Saarlandes stockt ein Gebäude für Gruppenarbeitsräume auf – gegen den Widerstand der Studierenden. Die Universität Hannover saniert für 2,4 Millionen Euro einige Hörsäle und stattet ihre Bibliothek mit einer Klimaanlage aus; kurz zuvor war der Bauetat um just diesen Betrag reduziert worden. Und in Bonn entsteht für mehr als vier Millionen Gebühren-Euro ein Studiengebäude für die Mediziner.

Das Geld der Studierenden wird nicht nur verbaut: Nordrhein-Westfalen bezahlt Professoren aus Studiengebühren – Forschungsanteil inklusive. Eine Grenze zum Lehranteil zu ziehen, sei »nicht praktikabel«, teilt das Wissenschaftsministerium mit. Baden-Württemberg will rasch nachziehen.

Ein Novum in dieser beliebigen Verlängernden Liste sind die Pläne des Rektors der Universität Hohenheim, Hans-Peter Liebig. 2009 sollen, wie in den Folgejahren, rund 1,2 Millionen Euro Studiengebühren per »Vorabzug« in den regulären Haushalt gelenkt werden. Liebig führt eine Reihe von Verwendungszwecken an, etwa Personalmittel oder einen Mähdrescher. So werden die Gebühren pro forma wie vorgeschrieben für »Aufgaben in Studium und Lehre« eingesetzt. Doch wie der Bundeshaushalt keine Zwecksteuern kennt, kennt ein Universitätshaushalt keine Zweckbestimmung von Einnahmen. Studiengebühren werden zu regulären Haushaltsmitteln und sind von Landeszuweisungen nicht mehr zu unterscheiden.

Liebigs plumpe Vorgehen ist also reine Augenwischerei. Und folgt doch einer an anderen Hochschulen vorgelebten Handlungslogik. Bereits Ende 2006 hatte der damalige Mannheimer Prorektor für Lehre, Kai Brodersen, die neue Praxis exemplarisch beschrieben: Bis 2006 vom Land fi-

nanzierte Tutorien würden statt aus dem Uni-Haushalt künftig aus Studiengebühren bestritten, erklärte Brodersen; man mache das »wie andere auch«. Wie die Uni Bonn zum Beispiel, die den Haushaltsposten für Hilfskräfte und Exkursionen kürzte, um trotz steigender Personalkosten niemanden entlassen zu müssen. Hierfür bediente man sich wiederum aus dem Gebührentopf. Studiengebühren finanzieren somit das bisher vom Staat bezahlte Personal, wenn auch nur indirekt. Die Form bleibt gewahrt.

Auf solchen internen Verschiebebahnhöfen wandert das Geld der Studierenden dorthin, wo es gerade gebraucht wird. Bedarf ist genug da: Die doppelten Abiturjahrgänge kosten ebenso Geld wie die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge und rückläufige Länderzuweisungen reißen immer neue Löcher in die Haushalte der Hochschulen.

Diese Not ist allerdings zum Teil selbstverschuldet und war vorhersehbar. Ob sie wie in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen »Zukunftsvertrag« heißen oder wie in Baden-Württemberg »Hochschulpakt«: Stets tauschten die Rektoren und Präsidenten per Vertrag mit dem Land finanzielle Planungssicherheit gegen nominell gleichbleibende, aber real schrumpfende Etats. Klagen wie jene des Hannoveraner Uni-Präsidenten Erich Barke über zu geringe Zuweisungen für Gebäudesanierungen stoßen deshalb in den Ministerien auf taube Ohren.

Es kann nicht verwundern, dass sich die Rektoren und Präsidenten in dieser Situation neue Geldquellen erschließen. Ihnen kam nicht ungelegen, dass die Länder just zu der Zeit Studiengebühren einführten, in der sie mit den Hochschulen ihre wohlklingenden Zukunftsverträge schlossen. Wie von Zauberhand kam eins zum anderen: Schrumpfende Länderzuweisungen und die Geldspritze Studiengebühren.

Die Rektoren müssen ihre Minister nicht kritisieren oder um höhere Grund-

zuweisungen anbetteln. Sie wälzen den finanziellen Druck einfach nach unten ab – in die eigene Hochschule. Dort ärgern sich die Beteiligten in den mit vollmundigen Versprechungen eingeführten Gebührenkommissionen, dass sie mit den Gebühren lediglich Löcher stopfen – und schlucken die Kröte nach dem Verweis auf »Sachzwänge« und Budgetkürzungen meist doch. Wo Studierendenvertreter dies beklagen und die versprochenen Verbesserungen einfordern, ernten sie mangels Mitbestimmungsrecht bestenfalls ein mildes Lächeln. Die Gebührenzahler sind die Verlierer bei diesem Spiel, dessen Ausgang bereits klar war als die Gebührenpflicht beschlossen wurde.

Der Akzeptanz der Gebühren tut das nicht gut. Viele nahmen Studiengebühren nur deshalb ohne großes Murren hin, weil sie den Versprechungen von besseren Studienbedingungen glaubten.

Wie groß die Unzufriedenheit nach zweieinhalb Jahren Gebührenrealität ist, zeigt indes die bundesweite Studie des Hohenheimer Marketingprofessors Markus Voeth: Mit der Schulnote 4,5 bewerteten die mehr als 6.000 befragten Studierenden die Gebührenverwendung an ihren Hochschulen.

### **Kommt die private Finanzierung des Studiums?**

Der Hohenheimer Rektor Liebig hätte es also eigentlich besser wissen müssen, als er seine Gebührenpläne ausgerechnet mit gestiegenen Heizkosten begründete. Andererseits steht die Hochschulfinanzierung gerade in den Gebührenländern auf tönernen Füßen. Wenn, wie in diesem Fall Baden-Württemberg, ein Land selbst überschaubare Mittel wie den Heizkostenzuschuss nicht mehr gewährt, kann das Kurzschlussreaktionen à la Hohenheim auslösen – mit weit reichenden Folgen für die gesamte Hochschulfinanzierung.

Die Verwendung der Gebührenmittel konterkariert nicht nur alle politischen Versprechungen von besseren Studienbedingungen. Viel schwerer wiegt, dass sich die Gebührenzahler indirekt und seit der Causa Hohenheim ganz offiziell an der Grundversorgung ihrer Universität beteiligen. Das ist der zweite, der wahre Gebührenskandal. Er offenbart, dass wir an der Schwelle zur privaten Finanzierung von Hochschulbildung stehen.

Der Aderlass, den die Wissenschaftsminister ihnen in den vergangenen Jahren verordnet, hat zwar gerade den Universitäten an mancher Stelle gut getan und sie zu mehr Effizienz gezwungen. Er hat aber auch die Betreuungsrelation verschlechtert, ließ sie nötige Renovierungen aufschieben und an Einrichtungen wie den Bibliotheken sparen.

Der Aderlass ist inzwischen zum Ausbluten geworden. Die unterfinanzierten Hochschulen haben (k)eine Wahl: Reduzieren sie ihre Grundversorgung oder beteiligen sie die Gebührenzahler daran? Natürlich entscheiden sie sich für Letzteres. Jetzt müssen die Wissenschaftsminister handeln. Bisher zeigen sie immer nur mit dem Finger auf die Rektoren, die wiederum auf die letzten verfügbaren Mittel zurückgreifen: Studiengebühren. Dieser Zwang war im System Studiengebühren von Anfang an enthalten.

Wenn die Gebührenländer jetzt weiter sparen, opfern sie adäquate Hochschulfinanzierung einem ausgeglichenen Landesbudget und zwingen die Hochschulen ihr Angebot mit Studiengebühren aufrechtzuerhalten. Angesichts ihrer vollmundigen Versprechungen begehen die Wissenschaftsminister nicht nur Wortbruch. Sie leiten gleichzeitig einen Systemwechsel in der Hochschulfinanzierung ein, unter dem vor allem sozial schwache Studierende leiden werden. Diese Politik aber ist nicht nur unehrlich. Sie verhöhnt auch all jene, denen ernsthaft an einer besseren Hochschulbildung gelegen ist.